

## Linke Politik in die Rathäuser und Kreistage!

DIE LINKE tritt am 7. Juni 2009 bei der Kommunalwahl in Baden-Württemberg in vielen großen Städten und Landkreisen an. Auf den Listen unserer Partei und linker Bündnislisten kandidieren Bürgerinnen und Bürger, die aktiv sind in sozialen Initiativen, in Verbänden und Vereinen, in Gewerkschaften und Betrieben. Unsere Kandidatinnen und Kandidaten engagieren sich für den Erhalt und Ausbau kommunaler Daseinsvorsorge, eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen und für mehr direkte Mitspracherechte der Bevölkerung.

DIE LINKE beschränkt ihr kommunalpolitisches Handeln nicht auf die Gewinnung von Mandaten. Vielmehr unterstützt DIE LINKE vor Ort den gesellschaftlichen Druck von unten für einen politischen Richtungswechsel im ganzen Land. Wir wollen die Beendigung der Politik des Sozialabbaus, mehr soziale Gerechtigkeit, Bildung und Chancen für alle und weniger Gegensatz zwischen Arm und Reich.

**Wenn Sie auch etwas bewegen und verändern wollen, wenn Sie für mehr soziale Gerechtigkeit eintreten, dann unterstützen Sie DIE LINKE und ihre Kandidatinnen und Kandidaten auch vor Ort bei den Kommunalwahlen 2009.**

Besuchen Sie unsere Internetseite: [www.die-linke-bw.de](http://www.die-linke-bw.de). Hier finden Sie Informationen zu unseren KandidatInnen und Kontaktinformationen zu den Kreisverbänden, unserer Bundestags- und Europaabgeordneten sowie zu den LINKEN Regionalbüros.

**DIE LINKE. LV Baden-Württemberg,**  
**Tel: 0711/241045, Fax: 0711/241046**  
**Mail: [info@die-linke-bw.de](mailto:info@die-linke-bw.de); Net: [www.die-linke-bw.de](http://www.die-linke-bw.de)**

# DIE LINKE.

BADEN - W Ü R T T E M B E R G

# Stimmen:

**Ulrike Küstler**  
Stadträtin der LINKEN  
in Stuttgart

*„Bildung fängt im Kindergarten an. Kinder brauchen mehr qualifizierte Förderung in den Kindertageseinrichtungen und mehr ErzieherInnen. Kein Kind darf wegen seiner ethnischen Herkunft oder sozialen Lage zurückgelassen oder ausgegrenzt werden. Deshalb tritt DIE LINKE ein für kostenlose Kitas und mehr Ganztagesangebote. Wir wollen gemeinsames Lernen bis zur 10. Klasse. Die Lernmittelfreiheit darf nicht nur auf dem Papier stehen! Gemeinsam mit Eltern und Schülern engagieren wir uns für bessere Schulausstattung, für kleinere Klassen, mehr LehrerInnen und Schulsozialarbeit.“*



**Bernhard Strasdeit**  
Kreisrat der LINKEN  
in Tübingen

*„DIE LINKE lehnt Privatisierung ab. Müllabfuhr, Wasserwirtschaft, Energieversorgung und Krankenhäuser gehören nicht an die Börse. Schulen, Busse und Bahn sind für die Bevölkerung da und nicht für die Erwirtschaftung von Renditen. Kommunale Selbstverwaltung heißt, dass die Kommunen dort, wo sie Verantwortung für die Daseinsvorsorge tragen, auch wirtschaftlich tätig sein können. Demokratische Mitbestimmung und gemeinwirtschaftliches Handeln muss an die Stelle von Profitgier!“*



**Bernd Riexinger**  
Landessprecher der LINKEN  
in Baden-Württemberg

*„Wir erleben gerade die größte Krise des kapitalistischen Weltfinanzsystems in der Nachkriegsgeschichte. Als Folge droht eine Wirtschaftskrise. Die kommunalen Haushalte und in Folge die Menschen mit niedrigen Einkommen sind zuallererst betroffen. DIE LINKE fordert: GEGENSTEUERN. Die Profiteure der Krise, Reiche und Kapitalbesitzer müssen bezahlen. DIE LINKE fordert die Erhöhung des Spitzensteuersatzes und Einführung von Millionärssteuern für Vermögende. DIE LINKE fordert mehr öffentliche Kontrolle über Banken und Börsengeschäfte. DIE LINKE will, dass die Kommunen handlungsfähig bleiben. Deshalb fordern wir ein öffentliches Investitionsprogramm von zusätzlich 50 Milliarden Euro, um die soziale Infrastruktur erhalten und ausbauen zu können, für flächendeckende öffentliche Gesundheitsversorgung, für bessere Schulen und Kindergärten, für eine Revitalisierung der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft.“*



**Gudrun Kuch**  
Stadträtin der Linken Liste  
in Mannheim

*„Die SPD und Grüne bringen's nimmer, CDU und FDP machen's schlimmer. Was auf Bundesebene mit Hartz IV und Agenda 2010 gesetzlich angerichtet wurde, kommt als Armut und besonders Kinderarmut, als Ein-Euro-Jobs und als Niedriglöhne vor Ort an. Die offiziellen Arbeitslosenzahlen sinken - aber in Wirklichkeit steigt ständig die Zahl der Menschen, die aufs Bittstellen beim Jobcenter angewiesen sind. Immer mehr Menschen arbeiten in Billigjobs, von denen sie nicht leben können. Nur DIE LINKE kämpft für eine sofortige Erhöhung des Arbeitslosengeldes II, für Sozialtickets in den Kommunen und für eine würdige soziale Grundversicherung!“*



# 100% sozial!

Kommunalwahlen 2009  
in Baden-Württemberg

## Soziale Kommunen: Städte und Gemeinden gehören allen!

# DIE LINKE.

BADEN - W Ü R T T E M B E R G



# Städte und Gemeinden gehören allen!

DIE LINKE kämpft in den Kommunen für eine gleichberechtigte soziale und kulturelle Teilhabe aller. Die Politik der sozialen Ausgrenzung gegen Erwerbslose und Niedrigverdienende, gegen Menschen mit Behinderung und gegen Menschen mit Migrationstatus muss beendet werden! Kommunale Frauenförderpläne müssen auch dazu beitragen, dass Frauen nicht mehr als Männer in tariflose Bereiche und Niedrigjobs abgeschoben werden, sondern gleichen Lohn für gleiche Arbeit erhalten. Die finanziellen Spielräume der Kommunen wurden in den letzten Jahren drastisch eingeschränkt, während die privaten Gewinne gleichzeitig explodierten. Unter dem neoliberalen Druck haben die Kommunen die soziale Spaltung in Arm und Reich mit vorangetrieben. Politikwechsel bedeutet: die Kommunen müssen wieder Ort der sozialen Integration werden. Zur Finanzierung fordert DIE LINKE ein öffentliches Investitionsprogramm von 50 Milliarden Euro. Mit einer Reform der Kommunalfinanzierung will die LINKE dazu beitragen, dass mehr Anteil am Gesamtsteueraufkommen in die kommunalen Kassen fließt.

## Privatisierungen stoppen - Selbstverwaltung der Kommunen stärken!

Der Privatisierungsdruck auf Einrichtungen der kommunalen Daseinsvorsorge muss beendet werden. Privatisierung öffentlicher Einrichtungen heißt immer auch Entdemokratisierung und Entmündigung der Bevölkerung und ihrer kommunalen Vertretungen. Einrichtungen der kommunalen Daseinsvorsorge wie Krankenhäuser, Altenpflege, Kindergärten, Schulen, ÖPNV, Versorgungs- und Versorgungsbetriebe gehören nicht in private Hand. Sie gehören in öffentliche Verantwortung. Privatisierte Einrichtungen müssen rekommunalisiert werden. Die LINKE stellt dem privaten Streben nach Maximalprofit die Idee der Gemeinwirtschaft und der Gemeinnützigkeit entgegen. Auch die Vergabe öffentlicher Aufträge ist an soziale Kriterien wie Tariftreue oder ökologische Auflagen wie Schadstoff-

reduzierung zu knüpfen. Um die Finanz- und Investitionskraft der Kommunen zu stärken, tritt DIE LINKE für ein Investitionsprogramm ein.

## Sofortprogramm gegen Kinderarmut!

Armut trifft Kinder am grausamsten. DIE LINKE fordert gleichberechtigte Teilhabe für Alle, statt Almosen. Die Folgen der Sozialabbaugesetze und von Hartz IV können auf kommunaler Ebene nicht direkt beseitigt, aber doch abgeschwächt werden. Kostenlose Schulstartersets wären landesweit ein erster Schritt. Um gleiche Chancen für alle zu ermöglichen fordert DIE LINKE den flächendeckenden Ausbau der Kinderbetreuung für Unterdreijährige, gebührenfreie Ganztageskindereinrichtungen, kleinere Gruppen und mehr Fachpersonal in den Kindergärten. Die Zuschüsse des Landes für die Kommunen dafür müssen verdoppelt werden. An den Schulen sind Lernmittelfreiheit und gebührenfreies Schulesen zu gewährleisten. Auch Schulfahrten müssen gebührenfrei sein.

## Bildung für alle!

DIE LINKE will das dreigliedrige Schulsystem überwinden, weil dieses System soziale Auslese produziert statt alle Kinder nach Kräften zu fördern. Schon Grundschüler werden in Klassen mit und ohne Fremdsprache sortiert. Immer mehr Schulabgänger haben keinen Abschluss und deshalb kaum Berufschancen. Das Land hat in der Bildung das Sagen. Aber die Kommunen können Fördermaßnahmen und Schulprojekte in Richtung „Eine Schule für alle“ in Gang setzen und so mithelfen, die Landesregierung unter Druck zu setzen. Unsere wirksame Alternative heißt: Länger gemeinsam lernen!



## Direkte Demokratie wagen!

DIE LINKE fordert mehr direkte Einflussmöglichkeiten der Bevölkerung auf kommunale Entscheidungen. Bürgerbegehren und Bürgerentscheide sind zu erleichtern. Die öffentliche Beratung von kommunalen Haushalten und die Beteiligung der Bevölkerung an wichtigen Haushaltsentscheidungen ist zu ermöglichen (Beteiligungshaushalte). DIE LINKE unterstützt in Baden-Württemberg derzeit landesweit die Zulassung von drei Volksbegehren nach §59 der Landesverfassung: 1. Für die Wahl der Landräte durch das Volk. 2. Für die Einführung von Bürgerentscheiden in Landkreisen. 3. Für mehr Bürgernähe von Landräten und Bürgermeistern durch kürzere Amtszeiten. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass auch BewohnerInnen ohne EU-Pass die gleichen demokratischen Rechte haben und das kommunale Wahlrecht ausüben können. Solange Menschen, die seit Jahren hier leben und arbeiten, aufgrund ihrer Herkunft benachteiligt werden, haben Neonazismus und Rassismus in der Gesellschaft einen strukturellen Nährboden.



## Umweltgerechte Stadtentwicklung!

Energieversorgung und Verkehr müssen sozial und ökologisch organisiert sein. Ein Wechsel in der Energie- und Klimapolitik bedeutet Einsparung von Energiemengen einerseits und Förderung von erneuerbaren Energien andererseits. DIE LINKE tritt ein für ökologische Steuerungen und soziale Preisgestaltung. Der öffentliche Personennahverkehr ist gegenüber dem motorisierten Individualverkehr zu stärken. Soziale Preise, attraktive Taktung und umfassende räumliche Erschließung sind zu fördern. Die Planung von Städten und Gemeinden muss den Bedürfnissen aller BewohnerInnen Rechnung tragen. Wir wollen mehr Anreize geben, Altbaubestände energetisch und barrierefrei zu sanieren. Gesundheitsbelastende Faktoren wie Verschmutzung, Lärm und Abgase wollen wir massiv reduzie-

ren. Die Lebensqualität in den Kommunen ist durch die infrastrukturelle Stärkung der Ortskerne zu verbessern. Mischbebauung, wohnortnahe Bildungs- und Freizeiteinrichtungen sowie grüne Naherholungsangebote sind zu fördern.



## Freiräume schaffen! Kultur von unten!

Demokratie funktioniert nicht ohne kulturelle Freiheit. DIE LINKE unterstützt alternative Kulturzentren und Wohnprojekte, die neue und alternative Formen des Zusammenlebens ermöglichen. Jugendliche, aber auch zunehmend ältere Menschen, suchen nach gemeinschaftlichen und selbstbestimmten Wohn- und Lebensformen. Neue Bauungspläne und Stadtteilplanungen müssen diesen kulturellen Gestaltungswillen stärker berücksichtigen. Sozialer Wohnungsbau und genossenschaftliche Wohneigentumsformen sind näher an diesen Bedürfnissen als große Wohnbaugesellschaften mit großen Profiterwartungen.

## Auf allen Ebenen aktiv! Für soziale Gerechtigkeit!

DIE LINKE wirkt! Unsere Forderungen nach einem gesetzlichen Mindestlohn, unsere Ablehnung des Renteneintrittsalters mit 67 und nach Begrenzung des privaten Reichtums der Superreichen werden von einer großen Mehrheit der Bevölkerung geteilt. Wer möchte, dass diese Forderungen auch durchgesetzt werden, muss mithelfen, dass DIE LINKE nicht nur im Bundestag vertreten ist sondern, auf allen Ebenen.

**Deshalb:**  
**Machen Sie mit bei der LINKEN.**  
**Unterstützen Sie am 7. Juni linke Kandidatinnen und Kandidaten.**